

(Fortsetzung von Seite 16)

mäßig Teilnehmer auf die Betriebspartei- und die Betriebsgewerkschaftsschule zu schicken. Auch hier wurde, gemeinsam mit den Vertretern der technischen Kader, ein Plan festgelegt und jeweils zwei Meister namentlich für den Besuch der Parteischule sowie zwei Meister für den Besuch der Gewerkschaftsschule notiert.

Aus den Fehlern lernen

Die Betriebsparteileitung hat sich ernsthaft mit den Erfahrungen der ersten Aussprachen beschäftigt. Dabei stellten unsere Genossen fest, daß die Referenten und die Genossen der Werksleitung, die zu bestimmten Fragen sprechen sollten, die Wichtigkeit dieser Aussprachen und das Niveau der technischen Kader unterschätzt hatten. Dies kam in einer ungenügenden Vorbereitung zum Ausdruck. Für die zweite Serie der Aussprachen wurden qualifizierte Referenten bestellt und schon von vornherein festgelegt, welche Genossen der Werksleitung die Beantwortung bestimmter Fragen übernehmen. Außerdem wurden rechtzeitig Meister und Ingenieure aus anderen Betrieben eingeladen, um einen Erfahrungsaustausch durchzuführen.

Regierungsverordnung wird verwirklicht

Auf Initiative der Betriebsparteiorganisation wurde die Durchführungsverordnung des Ministerrats „zur Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung des Lebens der Intelligenz“ in Angriff genommen. 136 Einzelverträge wurden mit Angehörigen der Intelligenz abgeschlossen, während der Vertrag über die Altersversorgung der technischen Kader die doppelte Anzahl von Angehörigen der Intelligenz erfaßte. Die Durchführung dieser Verordnung, aber auch die Aufklärungsarbeit, die durch die Grundorganisationen der Partei und die Massenorganisationen erfolgte, haben zu einer entscheidenden Besserung bei der Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Intelligenz beigetragen. Unsere Genossen haben eine andere Einschätzung der Rolle und der Aufgaben der Meister, Techniker und Ingenieure gewonnen; gemeinsam mit den Angehörigen der Intelligenz arbeiten

sie jetzt an der Planerfüllung und der Erhöhung der Normen. Dank dieser gemeinsamen Arbeit konnten auch die Grundorganisationen im Betrieb ihre Arbeit wesentlich verbessern, der Widerstand gegen die gesellschaftlichen Arbeiten, der auf seiten der technischen Kader vorhanden war, war beseitigt. Das zeigt sich speziell in der Schalterfabrik, wo die Spannungen besonders groß gewesen waren. In diesem Werkteil wurden von den Kollegen sogar mehrere freiwillige Schichten durchgeführt, in dem innerbetrieblichen Wettbewerb konnte er die Wanderfahne des Betriebs gewinnen.

Die Beschlüsse des Genossen Fechner

Die Parteiorganisation der EAW hat also gezeigt, daß sie die Lehren aus dem Fall Hübner gezogen hat und sich ernstlich bemüht, die Beschlüsse, die gefaßt wurden, auch durchzuführen.

Was aber tut die Kreisleitung Treptow? Auch das Sekretariat der Kreisleitung hat Beschlüsse gefaßt. Als wir bei der Kreisleitung anfragten, wie diese Beschlüsse verwirklicht wurden, antwortete uns der Zweite Sekretär der Kreisleitung, Genossin Hilde Krasnogolowy, daß sich der Erste Sekretär, Genosse Herbert Fechner, im Urlaub befindet.

„Herbert hat die Beschlüsse in seinem Schreibtisch eingeschlossen“, erwiderte sie uns auf unsere Frage, ob sie die Beschlüsse nicht kenne. „Im übrigen“, sagte sie, „sind es doch Beschlüsse Herberts.“ Dieser Ausspruch zeigt, daß das Kreissekretariat aus unserer Kritik nichts gelernt hat. Er zeigt aber vor allen Dingen, daß im Sekretariat der Kreisleitung Treptow keine kollektive Arbeit herrscht. Es genügt nicht, daß das Kreissekretariat selbstkritische Feststellungen trifft, sich „reumütig an die Brust schlägt“, trotzdem aber die Arbeitsweise nicht ändert. Sicher ist einiges getan worden, um die gefaßten Beschlüsse auch durchzuführen. Warum ist aber der Zweite Parteisekretär darüber nicht informiert? Es wäre gut, wenn sich die Landesleitung Groß-Berlin einmal mit diesem merkwürdigen Arbeitsstil ihrer Kreissekretäre beschäftigen würde.

Lesersammlungen knüpfen das Band des Vertrauens fester!

Lange Zeit war in allen Redaktionen unserer Parteipresse eine gewisse Abneigung dagegen zu bemerken, regelmäßig Leserversammlungen im Verbreitungsgebiet ihrer Zeitung abzuhalten. Es gab daher auch nur wenige Beispiele erfolgreich verlaufener Leserversammlungen.

Das hing damit zusammen, daß die Redaktionen meist von der Voraussetzung ausgingen, man müsse auf einer Leserversammlung die Zeitung als das Produkt der redaktionellen Arbeit zur Diskussion stellen und Verbesserungsvorschläge, und Kritik der Leserschaft an der Zeitung erbitten.

Seit der 2. Pressekonferenz unserer Partei und besonders in der Periode der Vorbereitung der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik ist hier ein Umschwung eingetreten. Die meisten unserer Redaktionen verstehen jetzt, daß die Leserversammlung eine Zusammenkunft zwischen Redaktion und Bevölkerung ist, die zu einem engeren Kontakt der Zeitung mit ihren Lesern führt.

„Viel zu wenig ist bekannt, daß ein jeder Einwohner das Recht hat, sich mit allen Fragen, Wünschen und Beschwerden an die Zeitung zu wenden“, stellt die „Volksstimme“ Magdeburg nach einer erfolgreichen Leserversammlung fest. Als die „Lausitzer Rundschau“ zu den Kollegen der Flachspinnerei Heinitz in Bautzen ging und in deren Betrieb eine Leserversammlung abhielt, stellte sich heraus, daß die Kollegen noch immer der Meinung waren, daß die Regelung des Tarifs, der Bezahlung der Arbeit in ihrem Betrieb die Zeitung nichts angehe.

Auf diesen Leserversammlungen wurde das Verständnis der Bevölkerung für die Aufgaben der Presse, für den demokratischen Charakter unserer Zeitungen geweckt und den Menschen klargemacht, daß die Zeitung ein unschätzbares Hilfsmittel zur Verwirklichung unserer demokratischen Gesetze und Maßnahmen ist.

Natürlich erfährt die Redaktion auf einer Leserkonferenz auch, welche Wünsche ihrer Leser sie bisher nicht oder nur ungenügend erfüllt hat. Als

die „Landeszeitung“ Schwerin in der MAS Wendelsdorf und im Volksgut Groß Welzin in Mecklenburg ihre Leserversammlungen abhielt, erzählten die Bauern, daß sie mit großem Interesse in der Zeitung gelesen hätten, daß ein Landwirt mit einer neun Hektar großen Wirtschaft 20 Schweinemastverträge abschließen konnte. Dieser Artikel allein genügte ihnen jedoch nicht, weil sie noch nicht die Schlußfolgerungen für ihre eigene Wirtschaft daraus ziehen konnten. Sie regten deshalb einen Erfahrungsaustausch der Bauern in der „Landeszeitung“ über die zusätzliche Aufzucht von Schweinen an.

Gleichzeitig erfuhr die Zeitung, wie sehr die Bauern die Einführung der Rubrik: „Bauern fragen — die Landeszeitung antwortet“ begrüßen. Gerade für diese Rubrik, aber auch für ihre Leitartikel und Kommentare nahm die Redaktion eine Fülle von Anregungen von diesen beiden Versammlungen mit nach Hause.

Die Leserversammlung setzt also die Redaktion in den Stand, operativer einzugreifen und sich als kollektiver